

der letzten drei Monate bemerkbar machende Stagnation überwinden. Die in vielen Fällen einfach beizubehaltenen Erzeugnisse deutscher Technik, z. B. die gezeigten hochtourigen Einbaumotoren, die ganze Schalttechnik mit ihren neuen Hochspannungs- und Schnellhaltlern, die Injektionstechnik und die unglaublichen Variationen machen den Leipziger Markt zu einer Einrichtung, auf die auch vor allem das Ausland angewiesen ist.

Die Weierfolge der elektrotechnischen Industrien und zwar im Zusammenhang mit den augenblicklich drohenden Arbeitskämpfen. Der Beschäftigungsgrad dieser Industrie, der sich in der letzten Zeit in steilen Kurven nach oben entwickelt hat, ist durch die in Leipzig vereinbarten Aufträge für längere Zeit gesichert. Die Elektroindustrie kann nach den glänzenden Abschüssen 1926 und 1927 ein drittes erfolgreiches Geschäftsjahr erwarten, falls ein energiegelades Schanzmachertum diese Hoffnungen nicht durch Auslieferungsexperimente usw. vernichtet.

Die Textilindustrie am besten abgezeichnet. Die jährlichen und auch die räumlichen Abfragen nahmen zahlreiche große Aufträge herein, so daß sie ebenfalls für Monate mit Arbeit versehen sind. Die Fertigkeiten aus Blauen (Spinnen usw.) sind auch von dem Verlauf der Messe voll befriedigt. Das gleiche gilt für die Mäntel- und Wollwarenindustrie, die ein gutes Geschäft in Kaufwaren zu verzeichnen haben.

Am allgemeinen ist also der Verlauf der Messe durchweg als erfolgreich zu bezeichnen. Sie kann trotzdem nicht ganz befriedigen, weil das Exportgeschäft nicht so ausgefallen ist, wie man das gern gesehen hätte. Exportaufträge konnte vor allem die Maschinenindustrie erzielen; auch die Textil-, die Porzellan-, die Spielwaren- und die Musikinstrumentenindustrie haben in Leipzig größere Geschäfte mit dem Ausland abgeschlossen.

Im allgemeinen ist also der Verlauf der Messe durchweg als erfolgreich zu bezeichnen. Sie kann trotzdem nicht ganz befriedigen, weil das Exportgeschäft nicht so ausgefallen ist, wie man das gern gesehen hätte. Exportaufträge konnte vor allem die Maschinenindustrie erzielen; auch die Textil-, die Porzellan-, die Spielwaren- und die Musikinstrumentenindustrie haben in Leipzig größere Geschäfte mit dem Ausland abgeschlossen.

Ehescheidungsreform — hat Zeit!

Die im Reichsausschuss des Reichstags, der am Dienstag in die Spezialberatung der Ehescheidungsreform eintrat, sollte, wiederholten Deutschnationalen und Zentrum ihre Gesetzgebungsversuche. Sie wurden diesmal vom Reichsausschuss nicht unterstützt. Er erklärte namens der Reichsregierung, daß die Ehescheidungsreform nicht zum Regierungsprogramm gehöre und daher nicht mehr erörtert werden könne, daß sogar die Behandlung dieser Frage geeignet sei, die Erledigung des Koloprogramms zu fördern.

Ludendorff will nicht kandidieren

D. Berlin, 7. März. (Eig. Funkpruch.) Ludendorff wird den kommenden Reichstag nicht treten. Er erklärt folgende Verlautbarung an Wälfische und Sanktenzler: „Es wird schon jetzt versucht, für die bevorstehende Wahl meine Person in den Wahlkampf hineinzuziehen und mich vornehmlich zu verewandeln. Das kann nicht Absicht der Parteileitungen sein. Wenn ich auch jede Mitarbeit im Freiheitskampf begrüße und dabei die Nennung meines Namens selbstverständlich ist, so bitte ich doch darauf hinzuweisen, daß die Inanspruchnahme meiner Person für die Partei unangebracht und entsprechende Benachrichtigungen an die in Betracht kommenden Parteileitungen geben zu lassen. Ich stelle nochmals fest, daß sowohl meine Person wie der „Ludendorffbund“ außerhalb jeder Partei stehen und keine Partei das Recht hat, sich auf mich oder den Ludendorffbund zu berufen.“

rituals wämen, aber nicht kandidieren. Im Reichstag ist er während der vier Jahre nicht ein einziges Mal als Redner aufgetreten. Er hat sich überhaupt nur ein Dutzendmal sehen lassen. Er begnügte sich, die Diktäten durch die Post überweisen zu erhalten. Es war auch so am besten.

Keine „Investigation“ gegen Ungarn

Die Delegierten der fünf im Völkerbund vertretenen Großmächte kamen am Dienstag nachmittags zu einer privaten Besprechung zusammen. Sie beschloßen sich insbesondere mit dem italienisch-ungarischen Waffenstillstand. Man kam nach Ansicht in die von Ungarn überreichten Dokumente und Protokolle über den Vorfall bei St. Gotthard zu der Überzeugung, daß für eine Investigation eine Notwendigkeit nicht vorliegt. (Investigation heißt inoffiziell „Ausforschung“, es bedeutet also schärfste und selbständige Untersuchung der Sache durch ein besonders beauftragtes Organ des Völkerbundes. D. Red.) In einer geheimen Sitzung des Rates soll am Mittwoch ein Komitee aus drei Delegierten unbedeutlicher Staaten gewählt werden, das eine Entscheidung darüber herbeiführen soll, ob man sich mit einer ähnlichen Behandlung des Streitfalles in Genf begnügt oder eine direkte Kommission nach St. Gotthard zu dem Zweck, nähere Feststellungen an Ort und Stelle zu machen, entsenden soll.

Ratsitzung

In der Dienstag-Sitzung des Völkerbundrates nahm man Kenntnis von den Arbeiten der Wirtschaftskommission und teilte als Datum der nächsten Tagung dieser Kommission für die Beratung der aus dem Artikel 16 folgenden wirtschaftlichen Sanctionen den 14. Mai fest. Dann wandte sich der Rat dem Stand der Ratifikationen der Völkerbundkonventionen zu. Hier gab es zum Teil sehr scharfe Bemerkungen und Bemerkungen. Chamberlain forderte, daß keine neue Konvention entworfen würde, ehe die schon vereinbarten die zur Verwirklichung nötige Anzahl von Ratifikationen erreicht hätten. Rumänien, Japan,

Zum Metallarbeiterkampf.



Die gewohnte Situation!

die Niederlande und Deutschland kündigten daraufhin die Ratifikation der Opiumhandelskonvention an. Es schloßen wurde, die Frage der Ratifikation im allgemeinen auf die Tagung der nächsten Ratifikation zu legen. Unter Vorsitz eines Vertreters der Schweiz wurde schließlich noch der Neubau des Völkerbundpalastes beraten. Da Brand verschiedene Änderungen in den Plänen der Architekten verlangte, wurde die Entscheidung vertagt.

Deutschnationaler Dalles

S. Von deutschnationaler Seite wird uns folgender Brief zur Verfügung gestellt, der auf die Verhältnisse innerhalb dieser Partei ein bezeichnendes Licht wirft:

Deutschnationale Volkspartei Landesverband Lippe. Deimold, den 19. Januar 1928. Streng vertraulich! In den Vertrauensmann der Gemeinde W. Herrn (Nittergutbesitzer d. B.) in (Name des Nittergutes). Die Sie wissen, befinden sich die Parteifinanzen seit Jahren in geradezu trostlosen Zustände. Hier muß endlich einmal energig Wandel geschaffen werden. Bei vorjähriger Finanzwirtschaft ist es zwar gelangt, in 1/2 Jahren die Schuldenlast um rund 9000 M. zu verringern. Inzwischen aber sind noch rund 12000 M. Schulden vorhanden. Diese auf einmal abzudecken, ist nicht möglich, zur Zeit sind kaum soviel Mittel vorhanden, um auch nur das Parteibureau selbst für den kommenden Monat mit den erforderlichen Geldern zu versehen. Die jährlichen Einlösen für das Parteibureau betragen etwa 3000 M., hinzu kommt die Anlage für Beisefeld mit 4000 M., zusammen rund 7000 M. In dieser Summe ist noch nicht enthalten das Gehalt für den Parteigeschäftsführer, der aus andern zur Verfügung gestellten Mitteln besoldet wird. Der Betrag von 8000 M. ist somit der geringste Auszahlbetrag, der aufgestellt werden kann; diese Mittel müssen unter allen Umständen aufgebracht werden. In diesem Jahre haben uns aber noch zwei Wahlen mit ihren Wahlkämpfen, und zwar die Reichstags- und die Landtagswahl, bevor. Gerade die diesjährigen Wahlkämpfe werden von ausschlaggebender Bedeutung sein und ganz besonders heftig geführt werden.

Die Position der Partei muß unter allen Umständen in dem letzten Umfange erhalten werden, damit wir wirtschaftliche Verbesserungen, die sich jetzt anbahnen und zweifellos auf die Zugehörigkeit unserer Partei zur augenblicklichen Regierung zurückzuführen sind, durch eine Umkehrung der eine Regierung der sogenannten Großen Koalition wieder vernichtet werden und so unter gesamtes politisches und wirtschaftliches Leben einem Abgrunde entgegengeführt wird. Für uns in Lippe aber kommt es in diesem Wahlkampf vor allem darauf an, die Macht der Sozialdemokratie im Landtag und im Landesparlament zu brechen und die Bahn für eine bürgerliche Regierung freizumachen. Hierzu gehört aber Geld und nochmals Geld! Für beide Wahlkämpfe brauchen wir unbedingt mindestens 8000 bis 10000 M. Wir werden mit diesem Gelde keine Verschwendung treiben, sondern so sparsam wie möglich damit wirtschaften. Ingesamt gebühren wir für dieses Jahr demnach unbedingt 18000 M. Dieser Betrag muß und kann bei einigermaßen gutem Willen unserer Mitglieder und Parteifreunde trotz der uns bekannten Notlage, insbesondere auch der Landwirtschaft, aufgebracht werden. Ohne persönliche Opfer jedes einzelnen gibt es keinen Weg für uns! Im die Mittel aufzubringen, haben wir dementsprechend jede Gemeinde mit einem Mindestbeitrag belastet, doch zum Teil auch den in der Gemeinde abgeordneten Stimman zum Teil aber auch noch den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Gemeinde und der Größe der Betriebe richtet ... Die Finanzkraft einer Partei hängt im allgemeinen von dem Mitgliederstand ab. Danach scheinen den Deutschnationalen seit ihrer Regierungsherrschaft die Mitglieder in Scharen davongelaufen zu sein. Die Folge ist ein großer Dalles.

Curtius gegen Demagogie

Deutscher Reichstag 294. Sitzung, Dienstag 6. März.

In der Dienstagssitzung des Reichstags nahm zunächst der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius zu einer sehr langen Rede das Wort. Er ging alle Debattierredner zu seinem Haushaltsplan durch. Wie man das schon gewohnt ist: den längsten Teil widmete das Regierungsmitglied seinen abstrakten Apollonien über den Deutschnationalen. Curtius wurde kochhaft. Er glöckerte

die politischen Sitzsprünge der Deutschnationalen.

Nicht fordern Verleugung. Jung Sperrung der Grenzen für landwirtschaftliche Artikel. Auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf habe die Reichsregierung unter Zustimmung deutschnationaler Minister im Gegenteil verlangt, das Entzern der Einfuhrverbote und Ausfuhrzölle aufzugeben. Es sei lustig, daß gerade derselbe Verleugung und sein Parteifreund Dr. Reichert bei den italienischen, den englischen und den amerikanischen Handelsverträgen Vertreterpartei gewesen seien. Das Haus lachte die verunglückten deutschnationalen Vauerndemagogen aus. Gegen den sozialdemokratischen Weg. Deing läßt der Minister Lohnkämpfen aufmarschieren. Er behauptet, daß vom Januar bis zum November 1927 die Löhne um 7 v. H. der Ander nur um 4 v. H. gestiegen seien. Der Minister wird heimgesucht temperamentsvoll, als er gegen weitere Lohnkämpfen spricht. Er nennt das rechtswidrige Lohnpolitik und warnt: „Nur nicht, nur nicht!“

Den Notruf aus der Tiefe

stellt dem Minister der Bergarbeiterführer Quisemann (Zog.) entgegen. Er weist nach, daß die Lohnkämpfen im Bergbau weit hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben sind, und daß auch dieser schwere Beruf, der auch gesundheitslich unter nachteiligen Verhältnissen arbeitet, sich von schweren Gefahren umkreist ist. Quisemann bestritt die Notlage des Bergbauwesens. Er wirft dem Minister vor, daß dieser die Arbeiter und die Bergbauarbeiter im Reichslokalrat nicht genügend unterstützt habe. Die Sachverständigenausschüsse seien einseitig zusammengesetzt. Mehr Berücksichtigung der Gewerkschaften sei die Forderung der Zeit. Auch die Not der Saarbergarbeiter bringt Quisemann vor. Er schließt mit dem

Bekennnis zum Sozialismus.

einem Bekenntnis, das für den Bergbau Gegenwärtigen bedeutung haben muß. In unserer heutigen Wirtschaftslage die starken Anfänge der sozialistischen Wirtschaftswelt, die dem Deutschen geben werde, was der Mensch fordern muß. (Weißt bei den Zog.)

Stundenlang unterhalten sich dann der Zentrumspartei-Ober und der Deutsche Volkspartei-Beitrag mit der Wirtschaftspartei darüber, wer am meisten für den Mittelstand getan hat. Auch am Dienstag vermittelte man bei den Reden der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei scheinen den Weltbewohnern der Wirtschaftspartei hat zu fürchten. Die Dienstagreden der Wirtschaftspartei waren alle schon reine Wahrheiten. Es ist nicht zu leugnen, daß ein Teil der Wirtschaftspartei bei allen politischen Beschränkungen als

Mittelstanddemagogie

recht bedächtig ist. Aber sie sind doch eigentlich nur die mitreutenen Schüler des Zentrums und der Liberalen, die jahrelang dem Mittelstand leere Versprechungen gemacht haben. Auch am Dienstag vermittelte man bei den Reden der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei scheinen den Weltbewohnern der Wirtschaftspartei hat zu fürchten. Die Dienstagreden der Wirtschaftspartei waren alle schon reine Wahrheiten. Es ist nicht zu leugnen, daß ein Teil der Wirtschaftspartei bei allen politischen Beschränkungen als

Der Kommunist Florian hielt bereits eine Rede gegen den Bürgerhof nach der Wahl, zu dem er die Sozialdemokratie, wenn sie in irgend eine Koalition eintritt, der Einfachheit halber hätte rechnen. Agitation ist für die Kommunisten alles, und ihre Agitation erschöpfen sie nur in Herabwürdigung der Sozialdemokratie.

Dann gab eine Frau, die demokratische Wg. Dr. Lüders, eine hauswirtschaftliche Einlage. Was sie sagte, war recht notwendig; nur fürchten wir: weder der Minister noch die weichen Abgeordneten nehmen das wichtige Thema ernst genug. Mit großer Gefahrung behandelte Frau Lüders die Tatsache, daß ein großer Teil der hauswirtschaftlichen Industrie an Oesen, Getzen, Hühner, Haushaltungsgeschäften, durchweg überlebensfähige Betriebe.

die Hauskalkulation verteuern

und zur Vergütung wertvollen Volksgutes zwingen. Sie fällt mit Recht, daß hier noch wichtige Besätze für den Reichswirtschaftsrat und die Wirtschaftspartei liegen, aber dazu mußten wir wirtschaftlich gesunde Frauen in die Kämpferfront hinein. Weiterberatung Mittwoch, 14 Uhr.